

AKTUELL

PERSÖNLICHE ASSISTENZ

Autonom leben

Christiane Walerich

Bei der Konferenz „Autonom leben mit persönlicher Assistenz“ glänzten die politisch Verantwortlichen durch Abwesenheit, obwohl einer der Pioniere dieses Konzepts dort ein Referat hielt.

„Ich bedauere die Abwesenheit der Presse und ich bedauere, dass keiner der verantwortlichen Minister die Zeit gefunden hat, zu kommen“, monierte Joël Delvaux von der „Abteilung Behinderte Arbeitnehmer“ des OGBL zu Beginn der Konferenz „Autonom leben mit persönlicher Assistenz“, zu der am letzten Wochenende die behinderungsübergreifende Selbstvertreterorganisation „Nëmme mat eis!“ und die Abteilung Behinderter Arbeitnehmer (DTH) der Gewerkschaft OGB-L geladen hatten.

Höhepunkt der Tagung war der engagierte Vortrag des französischen Aktivisten Marcel Nuss, ein Vorkämpfer des Konzepts der persönlichen Assistenz: Nuss hat sich trotz schwerer körperlicher Beeinträchtigung - er liegt in einem Liegerollstuhl und muß beatmet werden - ein selbständiges Leben erkämpft. Er hat eine Familie, schreibt Bücher, arbeitet für den französischen Senat und beschäftigt fünf AssistentInnen. Möglich wurde dies in Frankreich durch ein umfassendes Rahmengesetz von 2005, welches Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen ermöglichen soll. „Das Argument stimmt also nicht, dass die persönliche Assistenz Arbeitsplätze vernichtet - im Gegenteil. Nuss hätte in Luxemburg dagegen nur die Wahl zwischen Sterbehilfe oder dem Schicksal, in einem Heim zu verkümmern“, konstatiert Patrick Hurst, Präsident der Vereinigung „Nëmme mat eis“. „Wir müssen uns bewusst werden, dass es einen dritten Weg gibt, den der persönlichen Assistenz.“ Bei dieser wird das Geld, auf das Menschen mit Behinderungen Anspruch haben, direkt ausgezahlt, damit die Betroffenen ihre Assistenz selbst organisieren können - wann, wo und wie sie sie jeweils benötigen. Was nicht bedeutet, dass Einrichtungen abgeschafft werden müssten, es gibt nach wie vor Betroffene, die sich dort aufgehoben fühlen.

Luxemburg habe sich mit der Ratifikation der Behindertenrechtskonvention verpflichtet, Menschen mit Behinderungen den Zugang zu ihren Menschenrechten abzusichern. Dazu

gehöre auch die Freiheit zu entscheiden, wo und mit wem die Betroffenen leben möchten. Viele haben diese Wahlfreiheit jedoch nicht. Sie sind aus Mangel an Alternativen gezwungen, in Heimen oder aber lebenslang bei ihren Familien zu wohnen. Auch im Arbeitsbereich ist es nicht anders: Zu viele Menschen mit Behinderungen arbeiten in „beschützten“ Werkstätten oder sind in ihrer Berufswahl drastisch eingeschränkt. „Menschen mit Behinderungen befinden sich oft in einer Arbeitssituation, in der es keine Entwicklung gibt. Sie haben keine Verantwortung und sind in keinem Verwaltungsrat vertreten. Es ist eine Parallelwelt, die vor rund 30 Jahren geschaffen wurde“, hebt Delvaux hervor. Nicht nur, dass die Auswahl an Arbeitsplätzen sehr beschränkt ist, ein persönlicher Assistent könnte hier auch mehr Freiräume eröffnen: etwa, um abends auch einmal Überstunden zu machen oder an einer Versammlung teilzunehmen, ohne dabei durch die Zwänge eines rigiden Transportsystems eingeengt zu sein. „Die Betroffenen haben nicht die gleichen Möglichkeiten, Kontakte zu knüpfen und an Aktivitäten teilzunehmen“, kritisiert Delvaux. Auch das System der Pflegeversicherung lässt nur wenig Flexibilität zu. Seit die Pflegeversicherung 1999 in Kraft trat, gibt es die Möglichkeit, im Bereich Körperpflege, Ernährung und persönlicher Mobilität Hilfe zu bekommen. Ebenso habe die Möglichkeit bestanden, das Pflegegeld für maximal zehn Stunden pro Woche an einen Familienangehörigen oder eine externe Hilfskraft auszahlen zu lassen. Das reiche jedoch bei weitem nicht aus. „Zudem ist mit diesen Maßnahmen nicht der Arbeitsbereich oder die soziale Teilhabe abgedeckt“, so Hurst. Es fehle dem Aktionsplan zur Behindertenrechtskonvention an den nötigen rechtlichen Grundlagen in Form eines Teilhabegesetzes, wie es in Frankreich oder Deutschland existiert. So beschränke sich der Aktionsplan auf einzelne Maßnahmen. „Den Menschen mit Behinderung soll angeboten werden, dass sie während einiger Stunden in der Woche von Arbeitssuchenden Hilfe bekommen“, meint Hurst. Es gehe aber um eine qualifizierte „assistance personnelle“, betonen die Redner.

SHORT NEWS

LZB: Reinisch rückt nach - wer erbt seine Posten?

Im Gegensatz zur CSV, die das Votum des grünen Europa-Politikers Claude Turmes gegen EZB-Kandidat Yves Mersch als Landesverrat abstempelte, berief sich der sozialistische EP-Abgeordnete Robert Goebbels auf die europäische Idee, um seinen grünen Lieblingsfeind ebenfalls abzukanzeln. Dabei scherte Goebbels selbst mal wieder fraktionsintern aus, denn auch seine Gruppe stimmte gegen den Luxemburger. Wie viel Gewicht er allerdings selbst dem EU-Parlament gibt, zeigte seine Pressemitteilung nach dem Votum: „Cet avis minimaliste pèse peu“. Doch Goebbels weicht auch von Luxemburger sozialistischen Positionen ab. Ungeachtet der Tatsache, dass Mersch aus dem sozialistischen Lager stammt, hatten die „Femmes socialistes“ bereits im vergangenen Juli mutig darauf hingewiesen, dass mit ihm im EZB-Direktorium das Gender-Ungleichgewicht verfestigt werde - und die EU-Abgeordneten explizit aufgefordert, ein negatives Gutachten zu Mersch zu geben. Sie kritisierten ebenfalls bereits zu diesem Zeitpunkt das angekündigte Nachrücken von Gaston Reinisch auf Mersch's Posten als Luxemburger Zentralbankchef. Immerhin werde der Kumulbeamte Reinisch aber nun seine Posten in zahlreichen Verwaltungsräten (BGL, BNP, P&T, SNCI, Enovos, Cargolux, SES und BEI) verlassen, in denen er zum Teil auch Präsident ist: „Les Femmes socialistes souhaitent voir nommer des femmes à tous ces postes libérés par M. Reinisch.“ Da die offizielle Entscheidung für Mersch im EU-Rat (die laut Premierminister bereits beschlossene Sache ist) nun erst für November ansteht, ist die Frage, mit wem die Regierung die freien Posten besetzen wird, also noch nicht tranchiert. Mit der Ernennung von Frauen könnte sie Viviane Reding in ihrem Quoten-Kampf unterstützen. Juncker, übernehmen Sie!

Ogle-Map

Souriez, vous êtes filmés... C'est ce que montre la carte sur le site bigbrother.lu, mis en place par le Chaos Computer Club. La grande surface rouge - indiquant les espaces couverts par des caméras - au centre de la capitale a de quoi inquiéter. Elle va encore s'agrandir, car des volontaires peuvent participer à la chasse aux caméras, étatiques ou privées. Grâce à l'alliance néfaste entre policiers technocrates, hommes d'affaires sans scrupules, politiciens sécuritaires et une Commission de « protection » des données complaisante, la surveillance s'est imposée partout. Des initiatives comme cette cartographie des caméras vont accélérer la prise de conscience des citoyens et finir par légitimer la résistance passive, voire active contre Big Brother.

forum 323: Mehr Demokratie wagen

Nachdem die Zeitschrift forum im September bereits die Debatte um die Verfassungsreform (re-)lanciert hat, stellt sie in ihrer Novemberausgabe das Thema der verstärkten Bürgerbeteiligung am politischen Prozess zur Diskussion. „Partizipation“ ist in aller Munde, und die verlockenden Möglichkeiten der „digitalen Demokratie“ rufen sogar neue Parteien auf den Plan. Aber auch das auf Konsensualismus aufgebaute Luxemburger Sozialmodell steht auf dem Prüfstand. Der Versuch, Stimmen von allen „forces vives de la Nation“ zu diesen Fragen einzuholen, ist zwar nicht ganz gelungen, doch auch so ist der Bogen von der Bürgerbeteiligung beim Erstellen von Bebauungsplänen bis hin zu den Folgen des arabischen Frühlings weit gespannt. Dass aber auch die „klassische“ parlamentarische Demokratie etwas Nachhilfe braucht, macht die detaillierte Darstellung der Cargolux-Übernahme durch Qatar Airways deutlich, die gänzlich an Parlament und zuständigen Kommissionen vorbei durchgesetzt wurde. Auf EU-Ebene offenbart das Beispiel Griechenland eine weitere Ebene des politischen (Un-)Bewusstseins im Musterlände Luxemburg: Zwar wird die europäische Einheit von allen beschworen, doch wenn es um die eigenen nationalen Vorteile geht, ist man sich nicht zu schade, Steuerflüchtlinge aus der europäischen Peripherie mit offenen Armen zu empfangen. Forum ist im Zeitschriftenhandel und über www.forum.lu erhältlich.